



2012/49 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/2012/49/343-gegen-das-schweigen>

Ein Manifest gegen sexuelle Gewalt in Frankreich

343 gegen das Schweigen

Von **Pascale Müller**

In Frankreich wurde ein Manifest von 343 Frauen veröffentlicht, die zugeben, vergewaltigt worden zu sein. Sie wollen, dass Vergewaltigungen als gesamtgesellschaftliches Problem anerkannt werden.

Alle acht Minuten wird in Frankreich eine Frau Opfer sexueller Gewalt. Nur in zwei Prozent aller Fälle wird der Täter auch verurteilt. Zunächst liegt das daran, dass Vergewaltigung eines der wenigen Verbrechen ist, bei dem die Opfer starke Scham- und Schuldgefühle entwickeln. Die Tat kommt deshalb selten zur Anzeige. Zusätzlich tragen gesellschaftlich tief verankerte Vergewaltigungsmythen dazu bei, dass Opfern eine Mitschuld zugeschrieben wird. Prozesse werden häufig zugunsten der Täter entschieden. Nachzulesen ist dies alles in einem am 19. November in der Zeitung Le Nouvel Observateur veröffentlichten Manifest. 343 Frauen in Frankreich bekennen darin: »Ich wurde vergewaltigt.« Angelehnt an das in den siebziger Jahren in derselben Zeitung erschienene »Manifest der 343: Ich habe abgetrieben«, verstehen die Initiatorinnen um die Journalistin Clémentine Autain ihren Schritt an die Öffentlichkeit als politischen Akt. Unter den Unterzeichnerinnen finden sich viele Prominente, etwa die Journalistin Ariane Massenet, die Tennisspielerin Isabelle Demongeot und die Präsidentin von Amnesty International France, Geneviève Garrigos. Gemeinsam fordern sie eine systematische Aufklärung über Vergewaltigung und ein Ende des Schweigens: »Es ist notwendig, dass Millionen von Frauen, die Opfer einer Vergewaltigung wurden, jetzt ihre Stimme erheben.«

Diesem Aufruf sind mittlerweile über 700 Frauen gefolgt. Einige von ihnen haben auf einer eigens dafür eingerichteten Plattform von France TV ihre persönliche Geschichte veröffentlicht. Diese Zeugnisse sind so verschieden wie die Frauen selbst, und doch gibt es Gemeinsamkeiten. In 80 Prozent der Fälle ist der Täter kein Unbekannter, der in einer dunklen Gasse lauert. Es sind Ehemänner, Brüder, Lehrer und Schulfreunde, die sich an den Frauen und Kindern vergangen haben. Die Geschichten ähneln sich noch in einem anderen Punkt: Dem Moment, in dem es passiert ist. Fast alle Frauen fühlten sich paralysiert. Erklären lässt sich dieser Zustand durch eine psychische Blockade, die im Moment der Vergewaltigung einsetzt und das Opfer handlungsunfähig macht. Der massive Übergriff auf und in ihren Körper verursacht Todesängste und kann nicht nur sprichwörtlich lähmen.

Noch immer aber hält sich in Frankreich und anderswo hartnäckig das Vorurteil, wer sich nicht wehrt, sei selbst schuld. Erst im September wurde ein 35jähriger Vergewaltiger vom Essener

Landesgericht freigesprochen, weil sich sein 15jähriges Opfer nicht ausreichend verteidigt habe. Geht es nach den Initiatorinnen des Manifests, soll so etwas in Frankreich zukünftig nicht mehr möglich sein. Neben einer politischen Initiative, die die Gesetzeslage für Vergewaltigungsopfer verbessert, fordern die Frauen auch präventive Aufklärung im Schulunterricht. Nur dadurch könne sich der gesellschaftliche Blick auf Vergewaltigungen ändern. »Nicht die Opfer, sondern die Täter sollen sich schämen müssen«, erklärt Autain gegenüber dem Fernsehsender Europe 1. Seit der Affäre um den ehemaligen Direktor des Internationalen Währungsfonds, Dominique Strauss-Kahn, der in New York die Hotelangestellte Nafissatou Diallo vergewaltigt haben soll, ist die Diskussion über Vergewaltigung in Frankreich nicht mehr abgerissen. Das Manifest ist gleichzeitig Höhepunkt einer öffentlichen Auseinandersetzung um sexuelle Gewalt und der erste Anstoß für eine politische Aufarbeitung. Durch die personalisierte Kampagne wird einmal mehr deutlich, dass es sich bei Vergewaltigung um ein Verbrechen handelt, dass in allen Gesellschaftsschichten vorkommt. Es ist ermutigend, dass diese Erkenntnis nun nicht mehr als feministisches Nischenthema behandelt wird. Trotzdem wird das Anliegen des Manifests in der medialen Öffentlichkeit mehr als humanitäre, denn als politische Frage eingestuft. Bislang zögert auch die französische Regierung, Stellung zu beziehen. Dem Tatendrang der Frauen nach zu schließen, wird sie sich aber nicht mehr lange bitten lassen können.